

„Neue“ Strategie gegen Sucht

Regierung setzt auf Prävention

Werbeverbote (insbesondere für Tabak), höhere Steuern auf Alkohol oder härtere Strafen für den Schnapsverkauf an Jugendliche - all diesen Punkten erteilte die Drogenbeauftragte Mechthild Dyckmans bei der Verabschiedung der „Nationalen Strategie zur Sucht- und Drogenpolitik“ eine Absage.

Beratungsstellen

Stattdessen ersetzt die neue *Strategie* den bisherigen *Plan* aus dem Jahre 2003 mit den Argumenten: *Aufklärung und Beratung*. So soll den Beratungsstellen die Aufgabe zukommen, neue Angebote zu erstellen zielgerichtet für die betroffenen Risikogruppen, bitte nicht im Gießkannenprinzip! Solche neuen Modellprojekte gibt es etwa schon: für alkoholabhängige Senioren, für Migranten mit Suchtproblemen, für Schwangere die Trinken, in der betriebliche Aufklärung. Ein wesentlicher Punkt spielt hier die bessere Vernetzung und Zusammenarbeit der einzelnen Institutionen und Anlaufstellen.

Zwar sind die Bundesmittel für diese Aufgaben ständig gesunken, so dass Frau Dyckmans gerne die Länder und Kommunen zur Finanzierung mit heranziehen möchte.

Onlinesucht

Etwa drei Millionen Menschen sind gefährlich oft im Internet oder haben bereits eine Abhängigkeit entwickelt. Dyckmans möchte die Bestrebungen die Onlinesucht als eigenständige offizielle Krankheit anzuerkennen fördern, damit die Krankenkassen die Behandlung bezahlen müssten. Doch zunächst sollten Eltern und Lehrer das ständige Surfen von Jugendlichen und auch Kindern im Internet eindämmen. Zu suchthaftem Dauersurfen sollen Daten erhoben und die Medienkompetenz von jungen Menschen gestärkt werden.

Der Geschäftsführer der DHS R. Gassmann lobte zumindest die neue Einstellung der Drogenbeauftragten bezüglich der Einstufung der Onlinesucht.

Werbeverbot für Tabak und Alkohol

Der Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft war zufrieden, dass es keine ideologisch motivierten Ziele mit Verboten in der Werbung gebe. So blieb es nach kontroverser Streitdebatte (insbesondere bzgl. der Tabakwerbung) bei Lippenbekenntnissen und Appelle an die Konsumenten. Die Selbstverpflichtung der („Alkohol-)Wirtschaft Werbung nicht an Jugendliche zu richten, wurde als - nicht ausreichend bekannt- eingestuft. Weitere Verbote will die Regierung nicht wieder neu debattieren.

Glücksspiel

Pläne zur Reduzierung der 70 000 Spielautomaten sollen mit dem Wirtschaftsressort abgestimmt werden. Für Glücksspielsüchtige soll langfristig eine „Spielerkarte“ dafür sorgen, dass ca. eine halbe Millionen Menschen mit Problemen beim Vorzeigen in die Spielhöllen verraten, ob der Inhaber spielsüchtig ist. Auch hier wieder Selbstverantwortung, denn der Sucht bezichtigen, müsse sich der Karteninhaber schon selber.

Neuer Aktionsplan

„Riskantes Konsumverhalten wird weiter zunehmen“ warnt Frau Dyckmans. Doch der neue Aktionsplan der Bundesregierung bleibt weit hinter den Erwartungen der Experten zurück. Sie fordern verstärkte Kontrollen und Sanktionen bei Ver-

stößen gegen den Jugendschutz; Einschränkungen in der Alkohol- und Tabak-Werbung; höhere Steuern.

Die vielfältigen aktuellen Probleme mit legalen Drogen, die Probleme des Medikamentenmissbrauches, des Mischkonsums, neue Substanzen sollen erst einmal angegangen und aufgearbeitet werden.

Die Entscheidungen wurden wohl im Sinne des massiven Widerstandes aus dem Wirtschaftsministerium und dem Kanzleramt getroffen, denn der Koalitionsvertrag hatte vereinbart, lieber auf Prävention als auf Verbote zu setzen. Es wird also weiterhin auf die Kraft der Selbstregulierung gehofft.

ges: Stern.de, rp online; KT 2/2012